

**MOTION** von Bruno Bösel (APS, Wädenswil) und Mitunterzeichnende  
betreffend Aufkündigung des Genfer Flüchtlingsabkommens von 1951

---

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat den Entwurf für einen Beschluss zur Einreichung einer Standesinitiative vorzulegen, in welcher verlangt wird, dass Genfer-Flüchtlingsabkommen von 1951 aufzukünden. Nach Möglichkeit, soll international angeregt werden, die Konvention neu zu verhandeln und auf den aktuellen Stand zu bringen.

Bruno Bösel

Erhard Bernet

Erwin Kupper

Remo Patroni

Paul Wietlisbach

Begründung:

Immer wieder scheitern praktikable Vorstösse, welche den Missbrauch unseres Asylwesens verhindern könnten, an der Genfer-Flüchtlingskonvention, welche in der heutigen Form einfach nicht mehr zeitgemäss ist. Aus diesem Grund muss die Schweiz einen mutigen Schritt in die richtige Richtung unternehmen. Es sind neue Verträge auszuarbeiten, die den Flüchtlingsbegriff neu definieren. Ohne an die Genfer-Flüchtlingskonvention gebunden zu sein, könnten folgende Schritte unternommen und auch durchgesetzt werden:

- unverzügliche Rückschaffung von kriminellen Asylbewerbern, wie Kriminaltouristen, Drogendealern, Schleppern und Dauerdelinquenten im Bereiche der "niederen" Kriminalität.
  - abweisen von Asylbewerbern, bzw. Verweigerung des Verfahrens, wenn keinerlei Identitätsnachweis erbracht werden kann. (Asylbewerber mit den Phantasienamen: Micky Mouse, Donald Duck usw. müssten nicht mehr, wie bis anhin aufgenommen werden.)
- Zur Erinnerung: Die Hälfte der Zürcher Asylbewerber besitzt keine Reisepapiere und kann somit im konkreten Fall gar nicht, oder nur sehr schwer ausgeschafft werden.

- sofortige Heimschaffung, wenn gefälschte Dokumente vorgelegt wurden oder wenn bereits unter anderem Namen ein Asylgesuch durchgeführt wurde oder noch wird.

In Anbetracht, dass unser Nachbarland Deutschland wohl in nächster Zeit das sechswöchige Asylkurzverfahren einführen wird, kann man sich unschwer ausrechnen, wo diese abgewiesene Asylbewerber anklopfen werden. Auch die Tatsache, dass Asylanten, die aus humanitären Gründen eine B-Bewilligung erhalten haben, anschliessend in ihrem Heimatland (wo sie angeblich an Leib und Leben bedroht sind) Ferien machen, ist mehr als ein krasser Asylmissbrauch. Das ist eine Verhöhnung des Asyllandes Schweiz, das immerhin jährlich eine Milliarde Franken für unechte Flüchtlinge ausgibt.